

EVG-Bundesvorstand fordert gerechte Beitragsfinanzierung

Die derzeitige Beitragsfinanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) ist sozial unausgewogen und unsolidarisch. Dies ist die Meinung des EVG-Bundesvorstandes. Vor diesem Hintergrund hat das höchste Gremium zwischen den Gewerkschaftstagen den Gesetzgeber aufgefordert, umgehend eine Regelung zur Wiederherstellung der hälftigen (paritätischen) Beitragsfinanzierung zwischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und den Arbeitgebern zu schaffen.



Die derzeitige Beitragsfinanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) ist sozial unausgewogen und unsolidarisch. Dies ist die Meinung des EVG-Bundesvorstandes. Vor diesem Hintergrund hat das höchste Gremium zwischen den Gewerkschaftstagen den Gesetzgeber aufgefordert, umgehend eine Regelung zur Wiederherstellung der hälftigen (paritätischen) Beitragsfinanzierung zwischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und den Arbeitgebern zu schaffen.

„Es muss endlich Schluss sein damit, dass der medizinische Fortschritt und die

steigenden Kosten im Gesundheitswesen ausschließlich von den Versicherten finanziert werden“, so die für die Gesundheitspolitik zuständige stellvertretende Vorsitzende Regina Rusch-Ziemba. „Solidarpartnerschaft bedeutet nicht, dass die Einen die fälligen Zusatzbeiträge alleine schultern und die Anderen sich in der ‚kostenneutralen Hängematte‘ wohlfühlen, obwohl auch sie vom medizinischen Fortschritt profitieren“, so Rusch-Ziemba weiter.

Die EVG Vize Chefin unterstrich: „Eine solidarische Krankenversicherung verdient ihren Namen nur, wenn sie auch solidarisch finanziert ist und ‚beide Schultern‘ dieselbe Last tragen.“

Regina Rusch-Ziemba betonte: „Die gesamte Finanzierung der GKV ist ins Ungleichgewicht geraten! Dabei ist die einseitige Belastung durch den Zusatzbeitrag der Gipfel.“

Sie verwies darauf, dass die Ausgaben der privaten Haushalte für Gesundheit bei über 44 Milliarden Euro liegen - ohne Zuzahlungen für Medikamente und Behandlungen. Allein für Medikamentenzuzahlungen mussten die Versicherten im Jahr 2015 rund 2,1 Milliarden Euro aufwenden.

Downloads



buvo_beschluss.pdf

(PDF, 18.67 KB, Wird in neuem Fenster/Tab geöffnet.)

(/fileadmin/user_upload/newsimport/sozialpolitik/aktuelles/16_0)